

Die Steuerpolitik des Reichskanzlers und der Reichstag.

Unser Berliner A-Correspondent schreibt unterm 29. d.:
Es ist sonderbar, daß dieser so überaus günstig für die Reichsregierung zusammengesetzte Reichstag noch nicht reif genug ist, um die hohen Intentionen des Reichskanzlers bei seinem Verlangen nach immer neuen indirecten Steuern völlig zu begreifen und zu würdigen. Auch die gestrigen eingehenden Erläuterungen des Reichskanzlers zu seiner Steuerdenkschrift scheinen nach den Resultaten der heutigen Sitzung keine überzeugende Kraft besessen zu haben. Zwar wird ja das allgemeine, so grell beleuchtete Motiv, daß man den Wählern nicht einmal, sondern häufig und recht oft klar machen müsse, wie sie sich so schweren Schaden thun, wenn sie die Opposition der bösen Fortschrittspartei unterstützen, bei einer sehr bedeutenden Mehrheit des Hauses auf Verfall rechnen können. Aber diese Mehrheit scheint die Auffassungsgabe der Wähler falsch zu beurtheilen; sie scheint zu meinen, die Wähler würden die Nothwendigkeit, Millionen über Millionen neuer indirecter Steuern zur künftigen Erleichterung der Gemeinden bei den Schul-, Armen-, Polizei- und Standeslasten und zur Beschaffung der Alters- und Invalidenversorgung an das Reich zahlen zu müssen, nicht ausreichend begreifen. Diese Reichstagsmehrheit scheint zu fürchten, das „recht breittreten“ der Reichskanzlertheorien könne die Wähler nur der Fortschrittspartei in die Arme treiben. Darum wird weder die Biersteuer, noch die Wehrsteuer in eine Commission verwiesen, — man wird sie beim § 1 der zweiten Beratung ohne Sang und Klang, — ohne aufregende Reden bei schwankender Mehrheit — zu Grabe tragen, und nur bei der Stempelsteuer bekommt eine Commission die Aufgabe, „ein Körnchen“ Steuer zur Verbilligung herauszufinden, damit die allgemein verbreitete Lust, dem „Giftbaum der Borse“ einen Schabernack zu spielen, eine wenigstens scheinbare Befriedigung finde. So liegt denn doch das Bier über den Branntwein, den „Trunk des armen Mannes“, der nach dem schwer verständlichen Theorien des Reichskanzlers, sich für vertheuertes Bier, für vertheuerten Tabak, für vertheuertes Brot bei vertheuertem Licht mit dem Labetrunk des edlen, billigen Branntweins, aber nicht in Wirtschaftshäusern (siehe Schantkeuer) und nicht bis zur Trunkenheit würde schädlos halten müssen, wenn nicht glücklicherweise jene Vertheuerungen zum größten Theile Erfindungen der Fortschrittspartei sind, die noch immer nicht begreifen will, daß Steuern und Zölle eigentlich fast nichts vertheuern. Aus den heutigen Reden sieht man die Stellung der conservativen, freiconservativen und clericalen Partei zu den neuen Steuerprojecten zu entnehmen, würde recht schwer sein. Der norddeutsche Brennereibesitzer und der süddeutsche Brauer oder die Freunde der Beiden sind wenn, sie in den conservativen Fractionen traulich beisammen sitzen, nicht einig; da glaubt der süddeutsche Brauer mehr den Ausführungen des Irrenarztes Dr. Wendel vom Fortschritt als denen des Reichskanzlers über den gesundheitlichen Werth von Bier und Schnaps für die arbeitende Bevölkerung. Am wirksamsten ging es bei der Wehrsteuer zu. Da konnte selbst der Cultusministers Bruder, der Vetter der Frau Kanzlerin, gewisser Bedenken nicht Herr werden und fogar der Herr von Treitschke best in den bekannten, auf den Tribünen unversöhnlichen Tönen gegen diese Steuer und — für das Tabakmonopol. Das vom Reichskanzler zuerst so kräftig angeschlagene Thema von den Wahlagitationen gegen die Fortschrittspartei wird vom Abg. Boretius (Halle) in ein Klagebild über das demnächstige Verschwinden der Mittelparteien und die Witzschuld des Reichskanzlers daran variiert. Vermuthlich ein Schwanengesang des berechneten Professors, der von seinem Sitze jedenfalls vertrieben wird, aber diesmal ohne Concurrenz der Fortschrittspartei durch den Ansturm der Agrarier von rechts und der Secessionisten von links. Zuletzt gab es in Folge einer Stelle in der Rede des Abg. Löwe (Berlin), die der völlig taube Abg. v. Treitschke nicht gehört hatte, aber als Louche auffasste, gar eine Aussicht auf ein Duell. Ob die Pistolen nach Löwe's eignen Modellen gefertigt sein dürfen — muß der morgende Tag lehren.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

11 Uhr. Am Ende des Bundesraths: Schulz, Burckard u. A.
Die erste Beratung der Steuervorlagen wird fortgesetzt.
Abg. v. Verchenfeld (Deutsche Reichspartei): Ich will mich nicht in eine philosophisch-ethische Beleuchtung aller europäischen und außereuropäischen Staaten einlassen, sondern stelle mich auf den praktischen Standpunkt unserer thatsächlichen staatswirtschaftlichen Zustände. Ueber die Bedeutung der Denkschrift haben wir gestern von kompetentester Seite die bündigsten Erklärungen erhalten. Ihre Tendenz, der Ausbau des indirecten Steuersystems zu dem Zweck der Entlastung der Gemeinden, weil sie Aufgaben übernommen haben auf Anordnung des Staates, wie die allgemeine Schulpflicht und die Armenlast, oder sie sogar in commissarischer Weise für den Staat versehen — ich erinnere nur an das Standesamt und die niedere Polizei — diese Tendenz der Denkschrift kann ich nur sympathisch begrüßen, wenn ich auch darauf bestehen möchte, daß wenigstens die erste Art dieser Aufgaben, die aus der Natur des Gemeindeverbandes hervorgeht, nicht im Auftrage des Staates, sondern von den Gemeinden als solchen vollzogen werden muß und daß der Staat in dieser Beziehung nur eine bestimmte Regelung und Anordnung durchführt. Der Wunsch nach Steuerreformen ist durch das Deficit der einzelnen Staaten in den letzten Jahren hervorgerufen und wenn der Abgeordnete Wiggers gestern auf medienburgische Zustände hinwies, so ging aus seinen Deductionen wesentlich nur hervor, daß Medlenburg in constitutioneller Beziehung ein wenig beneidenswerthes, in finanzieller aber ein sehr beneidenswerthes Land ist, dessen Zustände sich als Maßstab auf das übrige Deutschland nur sehr schwer anwenden lassen. Die Einzelstaaten können ihre Deficits nur durch directe Steuern decken, da ihnen die indirecten nicht mehr zur Disposition stehen. Ob nun die directen Steuern in den deutschen Staaten im Vergleich mit anderen Ländern niedrig oder hoch sind, auf welchen Umfang der Abg. Lasker gestern ein so großes Gewicht legte, ist vollkommen gleichgültig, wenn die Unmöglichkeit, sie zu erhöhen, thatsächlich feststeht.
In Bayern hat man nach dem Abg. Lasker von dem Versuch, eine progressiv-fiskale Einkommensteuer einzuführen, wegen der in Aussicht stehenden erhöhten Reichseinnahmen Abstand genommen und nach dem Abg. Wiggers war sie sogar schon beschlossen. Das ist ein Irrthum, sie war in der bayerischen Kammer nicht durchzuführen, nicht wegen der Aussicht auf erhöhte Reichseinnahmen, sondern weil der Grundbesitz eine weitere directe Steuer nicht tragen kann und der Finanzminister nicht auf einen Theil der Grundsteuer verzichten konnte, die für ihn eine feste Einnahmequelle ist, während der Beitrag der Einkommensteuer noch nicht so unumstößlich feststand. Ein anderer Versuch, das directe Steuerrecht zu entwickeln, wurde in Württemberg durch eine Erbschaftsteuer gemacht, als Gegengewicht beschloß aber der Landtag eine Resolution, welche die Regierung auffordert, im Bundesrath darauf hinzuwirken, daß dem Reichstage eine Vorlage über das Tabakmonopol gemacht werde. So schwer wird die Erhöhung der directen Steuern in den Einzelstaaten empfunden, daß da, wo sie gelingt, unmittelbar an den Entschluß, sie zu erhöhen, sich eine so weitreichende Maßregel und principielle Entscheidung anschließt, um nur so schnell als möglich jene Erhöhung wieder loszuwerden. Sie kann deshalb nicht ertragen werden, weil die Gemeindeflast zum größten Theil in Zuschlägen zu den directen Steuern besteht; eine Erleichterung in der directen Steuerlast ist also nur in einer Erleichterung der Gemeinden zu finden. Dagegen kann ich der Denkschrift nicht bis in die Consequenz folgen, daß, weil die Gemeinden von umfangreichen, ihnen nicht naturgemäß obliegenden Verpflichtungen zu befreien sind, der Staat directe Gemeindefasten, wie die Armen- und Schulpflicht, übernehmen soll. Es ist gerechtfertigt, den Einzelstaaten Ueberlasten aus den Reichseinnahmen zu überweisen, aber es muß ihnen vorbehalten bleiben, was sie damit thun wollen und wie die Gemeinden erleichtert werden sollen. In geheimer Weise ist das nicht anders zu denken als durch Ueberweisung eines Theiles von directen Staatssteuern an die Gemeinden und durch eine landesgesetzliche Regelung der gemeindlichen Zuschläge zu den Staatssteuern. Ich deute hier auf das französische System der dépenses additionnelles hin, welches nicht unbefristete Zuschläge von Procentfägen zu den Staatssteuern gestattet, sondern sich an einen corporativen Verband wendet und ihn trifft.
Was das Verhältniß der Denkschrift zu den vorgeschlagenen Steuern betrifft, so tritt die Brausteuer allerdings dem Zweck näher, Artikel 35 Abs. 2 der Verfassung zu verwirklichen. Sie tritt ihm näher, sage ich, weil der Staat, dessen Brausteuer bei dieser Auslegung vorzugsweise ins Gewicht fällt, Bayern, zwar gesetzlich den Satz von 4 Mark pro Hektoliter hat, aber gegenwärtig eine Steuer von 6 Mark erhebt. Sie ist zwar nur temporär bewilligt, aber es erscheint mir ziemlich zweifelhaft, ob der Landtag nicht nach Ablauf des Termins für die Erhöhung ihn aufs Neue wieder hinauschieben müßte; die finanziellen Zustände des Landes müßten sich außerordentlich verändert haben, wenn das nicht geschehen sollte. Allerdings ist die Brausteuer eine indirecte Steuer, aber für den vierten Theil der Nation, der sich außerhalb der Brauereigemeinschaft befindet und nach der Kopfzahl in Betracht von Ackerbau seinen Antheil an der Brausteuer aufbringen muß, eine sehr directe Steuer. So wie sie hier vorgelegt ist, führt die Brausteuer den Gedanken der Denkschrift nicht gerade sehr prägnant ins Leben: die Staaten, die an einer solchen Brausteuer nicht theilnehmen und dafür directe Beiträge aufbringen müssen, sind Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen mit etwa 11 Millionen Köpfen. Ohne auf die Einwendungen gegen eine Erhöhung der Brausteuer vom Standpunkte der Moralität und Gesundheitspflege ein übertriebenes Gewicht zu legen, so kann ich sie doch nicht ganz aus den Augen lassen und mein bairisches Herz hat gestern gebuhlet bei den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über die Unentbehrlichkeit des Schnapses für die Arbeiter, denen mit bairischem Bier überhaupt nicht gedient sei. Ich selbst beschäftige auch Arbeiter und weiß sehr wohl zwischen denen zu unterscheiden, die Schnaps trinken und denen, die keinen Schnaps trinken.
Ich kann berichten, daß die keinen Schnaps trinken — das ist glücklicherweise bei uns die Mehrheit — mir viel lieber sind, weil sie auch in der Arbeit unendlich viel mehr leisten. Trotzdem habe ich gegen die Erhöhung der Brausteuer das Bedenken, daß es der norddeutschen Brauerei, die unter entschieden ungünstigeren Verhältnissen wirtschaftet als die süddeutsche, sehr schwer werden wird, die Concurrenz des Branntweins auszuhalten, wenn nicht mit jener Erhöhung die der Branntweinsteuer Hand in Hand geht. (Sehr richtig!) Doch sind mir die norddeutschen Produktions-Verhältnisse nicht in dem Grade bekannt, um ein ganz abschließendes Urtheil in der Sache fällen zu können und wir sind bereit, in commissarischer Beratung gründlich zu erwägen, in wie weit den Vorschlägen der verbündeten Regierungen Genüge geschehen kann. — Die Stempelsteuer beziehe ich von meinem Standpunkt aus lediglich als Borsesteuer, nicht um ihr damit ein moralisches Mäntelchen umzuhängen, wie Wiggers gestern sagte, sondern weil meine politischen Freunde und ich die Absicht haben, nur dasjenige in dieser Stempelsteuer zur Annahme zu empfehlen, was sich als eine Borsesteuer darstellt. Nicht als wäre die Borse eine unmoralische Anstalt, die deswegen zur Strafe eine Steuer zahlen muß. Unmoralische Geschäfte werden in allen möglichen Geschäftszweigen gemacht, auf der Borse und außerhalb der Borse; aber warum soll die Uebertragung großer Werthe von einer Hand in die andere nicht eine Abgabe zahlen, während für die Besitzübergabe von Mobilien bei öffentlichem Verkauf oder Versteigerung wenigstens in Bayern eine Abgabe gezahlt wird? Es ist das eine Forderung der Gerechtigkeit. Ein großer Ertrag ist von dieser Steuer nicht zu erwarten. Einträglich würde die Quittungssteuer sein, ich kann mich aber für meine Person nicht zu einer solchen Erhöhung des täglichen Verkehrs entschließen, obwohl das mehr Sache des Gefühls als theoretisch auszuweisen ist. Ich glaube, wir sind gegenwärtig für diese Besteuerung noch nicht reif. Es mag sein, daß wir später noch darauf zurückkommen. Ich habe in Ländern gelebt, wo der Quittungsstempel eingeführt war und will zugeben, daß er nicht sehr drückend wirkte. In unseren Verhältnissen würde das aber der Fall sein, und ich halte es nicht für nothwendig, bei uns die letzte Sehne anzuspannen, um den letzten Tropfen des möglichen Steuerergebnisses zu erlangen.
Die Vorlage nimmt hier den Einzelstaaten theilweise wenigstens mit der einen Hand, was sie ihnen mit der anderen giebt. In Bayern z. B. sind jetzt schon die Lombarddarlehne und Lotterieloose besteuert. Werden diese nun vom Reiche besteuert, so entgeht den einzelnen Staaten wieder ein Theil der Quote, die ihnen von den Ueberlasten im Reiche zugewendet werden sollen. Eine volle Wirkung wird diese Steuer in dieser Hinsicht nicht äußern. Die Besteuerung der Lotterieloose als Reichsgrundbesatz auszusprechen, kann ich mich nur schwer entschließen, weil ich die Lotterie, insbesondere die Staatslotterie, verbieten würde. Bayern kann auswärtige Loose besteuern, weil es gar nicht in der Lage ist, auswärtige Lotterien zu verbieten. Wenn aber das Reich Loose besteuert, so begiebt es sich der Möglichkeit, Staatslotterien überhaupt nicht zu gestatten, die ich für eben so unmoralisch halte, wie öffentliche Spielbanken. Ich hoffe, daß sie auch einmal, wie die Spielbanken, durch Reichsgesetz verboten werden. Es würde also für die Feststellung durch commissarische Beratung nur die Borsesteuer übrig bleiben, was ich jedoch keineswegs in geistigem Sinne meine. Zur Erleichterung der Einzelstaaten und Gemeinden wird durch alle diese Vorlagen nicht viel erreicht. Der Herr Reichskanzler beklagte sich gestern, daß man hier im Hause häufig seine Reformvorläge im Großen billige, aber im Einzelnen abweise. Ich fürchte, daß das in diesem Falle in einzelnen Punkten wieder eintreten wird. Aber auch positive Vorschläge sind in dieser Richtung schon öfter in diesem Hause und besonders von unserer Seite gemacht worden, wiederholt haben wir auf eine weitere Entwicklung der Schantkeuer, auf eine Erhöhung der Branntweinsteuer als unentbehrliches Correlat einer Erhöhung der Brausteuer, endlich auf eine Erhöhung der Einnahmen vom Tabak als einzige Quelle für eine bedeutende Steigerung der Reichseinnahmen hingewiesen. Ich persönlich habe mich im vorigen Jahre als Gegner des Tabakmonopols erklärt und weiß, daß ich dabei nicht im Einklang mit einem großen Theil meiner politischen Freunde stehe. Aber, wenn auch ein Gegner des Monopols, weise ich doch eine Erhöhung der bestehenden Tabaksteuer oder die Einführung des Systems der Fabriksteuer, wenn das Reich der Mittel wirklich bedarf, nicht von der Hand. Ich schlage vor, die Vorlagen über die Brausteuer und die Stempel-Abgaben einer Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall.)

Abg. Witte (Medlenburg): Die uns vorliegende Denkschrift kommt aus unbewiesenen Voraussetzungen zu Schlüssen, von deren Richtigkeit weder die Majorität des Hauses noch des Landes überzeugt ist. Die Behauptung von der Nothwendigkeit der indirecten Steuern ist in der Allgemeinheit, in der sie aufgestellt wird, völlig unhaltbar. Aus meiner praktischen Erfahrung glaube ich, daß gerade Gegenbeispiele zu finden sind, wenn die Nothwendigkeit der indirecten Besteuerung auch nicht bei allen Artikeln zu unmittelbaren Erhebungen kommen. Die ganze Denkschrift giebt in der Forderung: Geld, mehr Geld! Trotzdem läßt die Begründung der Zwecke, zu denen diese neuen Steuern verwendet werden sollen, an Klarheit

sehr viel zu wünschen übrig. Auch die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers haben in dieser Beziehung nicht genügendes Material geliefert. — Was speciell die Brausteuer betrifft, so erkläre ich mich nicht allein gegen die Vorlage selbst, sondern auch gegen die commissarische Beratung derselben, weil ich eine solche für völlig zwecklos halte. Auch die Wehrsteuer ist für mich aus den gestern bereits entwickelten Gründen durchaus unannehmbar, dagegen würde ich mich der Stempelsteuer vorläufig nicht unbedingt widersetzen, halte sie jedoch nur in derjenigen Beschränkung für annehmbar, die bereits der Vorredner gekennzeichnet hat. Die Brausteuer vorlage ist uns nun zum dritten Male in wesentlich unveränderter Form vorgelegt worden. Nicht einmal in der Motivierung ist Rücksicht auf die Resolution genommen, welche der Reichstag früher beschlossen hat. Und doch mußte der Reichskanzler wissen, daß dieses Haus und gewiß auch das nächste — niemals sich dazu verstehen wird, eine Erhöhung der Brausteuer ohne gleichzeitige Erhöhung der Branntweinsteuer zu bewilligen. Die Forderung einer Reform der letzteren ist um so dringender, als die jetzige Form der Besteuerung im höchsten Grade ungerecht und für große Gewerbebetriebe schädlich belästigend wirkt.

Ich verkenne nicht, daß einer solchen Reform bedeutende Schwierigkeiten entgegenstehen, dieses Hinderniß aber kann einen Mann wie den Reichskanzler, der die Lösung viel schwierigerer Aufgaben in die Hand genommen hat, doch sicher nicht abschrecken, und ich bedauere deshalb auf das Lebhafteste, daß man bis jetzt nicht einmal den Versuch gemacht hat, die notorisch ungerechte Steuer zu verbessern. Ich möchte die Regierung hierdurch noch einmal auffordern, den großen Uebelständen baldmöglichst abzuhelfen. Die Deduction des Reichskanzlers, daß man die Branntweinsteuer nicht erhöhen solle, weil der Branntwein mehr als das Bier das Getränk des armen Mannes sei, und weil Jemand, der in harter Arbeit stehe, diesen Genuß nicht entbehren könne, kann ich als berechtigt nicht anerkennen. Und wie kann der Reichskanzler das Bestreben, den Branntwein möglichst billig zu erhalten, um den Genuß desselben zu erleichtern, mit seiner Vorlage gegen die Trunkflucht in Einklang bringen? Ich will nicht bestreiten, daß ein Mann, während er hart arbeitet, den Genuß des Branntweins nöthig haben mag, im Allgemeinen aber ist ihm der Consum von Bier wesentlich besser und gesünder. Die Erfahrungen, die wir in Medlenburg gemacht haben, beweisen dies unüberdeutlich. Was die geschäftliche Behandlung der Vorlage betrifft, so beantrage ich, nur den Gesetzentwurf wegen der Stempelsteuer einer Commission von 25 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. v. Below: Ich habe zunächst im Namen meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir in Consequenz unserer sympathischen Stellung zu der Steuerpolitik der Regierung diese Vorlagen acceptiren werden. Was die geschäftliche Behandlung betrifft, so beantrage ich, die Brausteuer einer Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Es wäre wünschenswert, wenn dieselbe am Schluß in einer Resolution die Erwartung ausdrücke, daß die schädlichen Hopfenurrogate in gleicher Weise verboten werden sollen, wie andere Surrogate. Man hat gegen die Durchführbarkeit der Brausteuer eingewendet, daß sie eine Erhöhung des Bierpreises herbeiführen würde. In Bayern kosten nun aber die minderwertigen Biere trotz der dort bestehenden Steuer 10, 11 bis 13 Pf. für den halben Liter. Wenn unsere Restaurateure auf den Luxus ausländischer Damenbedienung, der Musik u. s. w. verzichten wollten, würden sie auch billigeres Bier liefern können. Ich verweise, wie man auf jener Seite (links) mit solcher Empfindung für die Culturmiffion des Bieres eintritt. Das Bier ist nicht ein Motor für die ideale Entwicklung unseres Volkes. Mit solchen Auslassungen verführe man sich schwer gegen unsere Jugend. Wie schädlich das Bier wirkt, wie in Folge seines Genußes Talente und Begabungen im frühzeitigen Grab finden, hat der preussische Cultusminister durch das Verbot der Schulerverbindungen anerkannt, deren Bafis der Genuß dieses subtilen Giftes bildet. Mit dem Nährwerth des Bieres ist es auch nicht weit her. Der beliebte Satz: „das Bier ist flüssiges Brot“ ist nach den Erfahrungen und Forschungen der Aerzte durchaus unrichtig. Der Nährwerth eines Stüdes Schwarzbrot ist viel größer, als der einer Menge von Liter Bier.

Das Bier ist aber auch gesundheitsschädlich wegen seines starken Alkoholgehalts: 5 Seidel enthalten 1/2 Seidel Branntwein. Dazu kommt noch die Unmenge von schädlichen, giftigen Bierurrogaten, welche den Genuß des Bieres geradezu gefährlich machen. Ich erinnere hier an die bekannte Anekdote, welche vor einigen Jahren die Presse durchlief. Ein hochgeborener Fürst besuchte in Bremen eine Ausstellung, und kam schließlich auch zu einem Raum, in welchem eine Menge von Packeten aufgeschichtet war, aber deren Inhalt nichts zu erkennen war. Sie wissen wohl nicht, was das ist, sagte ein Aufseher. Daraus wird Bier gemacht, es ist Quassia. Nun wird von den Gegnern dieser Steuer eingewendet, wenn man einmal die Brausteuer durchführen wolle, so müsse man auch die Branntweinsteuer erhöhen. Ich glaube, daß eine solche Erhöhung auf die Landescultur, namentlich der nordöstlichen Provinzen, von der nachtheiligsten Wirkung sein würde, was ja auch hervorragende Autoritäten wie das Landesökonomie-Collegium, bestätigt haben. Jene Provinzen sind fast ausschließlich auf die Kartoffelproduction angewiesen. Auch diejenigen Leute, welche selber nicht Kartoffeln bauen, ziehen aus ihr Nutzen, indem sie schaarenweise auf die Güter ziehen und aus den hohen Tagelöhnen für das Ausheben der Kartoffeln Unterhalt und Wohnungsmiethe bestreiten. Sie würden durch eine Erhöhung der Branntweinsteuer auch den kleinen Grundbesitzer, den Bauer, für den Sie doch so besorgt sind, schädigen, der seine Kartoffeln bisher mit Vortheil an den nächsten Brenner verkauft. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Mendel: Der vorliegende Gesetzentwurf ist im Wesentlichen nichts anderes als ein Abdruck desjenigen Gesetzentwurfes, den wir im vorigen Jahre mit großer Majorität abgelehnt haben. Es wäre deshalb das Beste, wir schickten denselben mit den stenographischen Berichtenden Vorjahres, welche die Motivierung unserer ablehnenden Stellung enthalten, an den Bundesrath zurück, denn es hat sich inzwischen nichts ereignet, was unsere Haltung irgendwie beeinflussen könnte. Ich befreite der Regierung zwar nicht das Recht, eine abgelehnte Vorlage wieder an das Haus zu bringen, ich hätte aber wenigstens erwartet, daß sie in ihren Motiven zu dem Gesetzentwurf die Einwendungen, welche gegen denselben gemacht worden sind und die zu seiner Ablehnung geführt haben, erwähnt und zu widerlegen versucht hätte. Davon steht in der Vorlage absolut kein Wort. Die Bejahungnahme auf Art. 35 der Verfassung ist von den Süddeutschen im vorigen Jahre bereits entschieden zurückgewiesen worden. Fast allgemein erklärte man sich voriges wie dieses Jahr für eine Erhöhung der Brausteuer nur unter der Bedingung gleichzeitiger Erhöhung der Branntweinsteuer. Statt der Branntweinsteuererhöhung bringt man ein Strafgesetz gegen die Trunkflucht. Durch Vertheuerung des Bieres treibt man die Leute dem Branntweingenuß in die Arme, und wenn sie die Anbietung befolgen, sperrt man sie ein. Wo ist da die Moral in der Gesetzgebung? Der Herr Reichskanzler behauptete gestern wie früher, der Branntweingenuß in mäßigem Grade sei vorteilhaft und zweckmäßig. Wo ist dieses Maß? Soll Jemand dazu eingeschätzt werden, oder haben Sie von einem Trinker gehört, daß er sein Maß überschritten habe? Das erinnert an das alte Lied, das in den ersten Strophen immer von dem schädlichen Gift des Branntweins spricht und mit dem Refrain endigt: doch soll der Branntwein um Mitternacht nicht schädlich sein. Es ist bestritten worden, daß der Branntweingenuß im Gegenfatz zum Biergenuss steht. Herr Director Burckard hat behauptet, sie befrüedigen verschiedene Bedürfnisse. Dem gegenüber mag auf folgende Statistik hingewiesen werden. In Bayern stellt sich der Biergenuss pro Kopf auf 228 Liter Bier gegen 24 Liter Branntwein, in Sachsen auf 105 Liter Bier gegen 9,6, in Schlesien 48,7: 15,8, in Pommern 31,1: 20,5, in Westpreußen 30,8: 20,0, in Polen dagegen 21,8: 34,8.

Daß der Herr Reichskanzler den Branntweingenuß vertheidigt, nimmt mich nicht Wunder, da seine medicinischen Kenntnisse, er mag mir dies nicht abel nehmen, unzweifelhaft auf schwachen Füßen stehen. Die wiederholten Aeußerungen über das gegenfällige Verhältniß von Chirurgie und Medicin, wie er sich das bei zwei Reichsämtern denkt, wo ein Amt vom andern nicht weis, sind durchaus unzutreffend und haben bei den Sachverständigen nur Widerspruch gefunden. Die Chirurgie verdankt ihren Fortschritt zum Theil der inneren Medicin, und wenn die Erfolge der ersteren häufig schneller zu Tage treten, so sind dessen ungeachtet auch die Fortschritte der inneren

Medicin bedeutend genug. Eine Vertheuerung des Bieres bedeutet eine Vertheuerung des Brauwassers. Der Herr Vorredner sagt nun, das Bier sei auch ein schädliches Getränk. Er hat ausgeführt, daß das Bier nicht so nahrhaft wie das Schwarzbrot sei. Der Mensch lebt aber nicht vom Essen allein, sondern auch vom Trinken. Wenn er Durst hat, kann er nicht Schwarzbrod essen, und da handelt sich darum, das möglichst zweckmäßigste Getränk zu finden, und diese Rolle nimmt das Bier gegenüber dem Brauwasser ein. Die Culturmission des Bieres zeigt sich in dem fortschreitenden Einfluß und Kampf desselben gegen den Branntwein in Amerika, Frankreich, Italien. Als in Oesterreich die Mälzereiapothek einen vorübergehenden Erfolg erreichte und als sichtbarer Effect derselben eine Verminderung in der Einnahme der Branntweinsteuer eintrat, erklärte der König Friedrich Wilhelm III., er wüßte, daß diese Einnahmen überhaupt aufhören, weil kein Branntwein mehr getrunken würde. Der Zusammenhang der Brauerei mit der Destillation bedarf noch einiger Worte. Hätte die Regierung sich die Mälze gegeben, dort nicht sämtliche Getränkesteuern zusammenzuwerfen für Wein und Most, Bier und Branntwein, so würde sie folgendes Verhältniß gefunden haben: In Großbritannien kommt für Branntweinsteuer und Zölle ein: 422,000,000, für Bier 158,815,000; in Frankreich 65 Millionen für Branntwein, 16 Millionen für Bier; in Rußland 56,700,000 für Branntwein, 6 Millionen für Bier. Der Branntwein trägt also den größten Theil der Getränkesteuer.

Bei uns gestaltet sich das Verhältniß so, daß 45 Millionen für Branntwein in Deutschland auskommen, für Bier 70 Millionen, und nehmen wir die norddeutsche Brauereigemeinschaft allein, so würde nach Annahme des Gesehenswerthes der Branntwein 34 Millionen, das Bier 30 Millionen bringen. Die Destillation würde also lediglich dazu führen, das Bier in Ruhe zu lassen und die Branntweinsteuer zu erhöhen. Bemerkenswert ist, daß in Frankreich die Getränkesteuer im vorigen Jahre um 25 Millionen herabgegangen ist. Von dem principellen Standpunkte aber abgesehen, ist der gegenwärtige Augenblick der ungeeignetste für die Erhöhung der Brauerei, und die Regierung hätte wohlgethan, in den Motiven doch anzudeuten, daß die Brauerei-Industrie seit einer Reihe von Jahren in stetem Rückgang sich befindet. Die Zahl der Brauereien betrug 1875 14,175, sie betrug 1879/80 11,647, die Production ist von 21,385,000 Hectoliter 1875 zurückgegangen auf 19,984,613 Hectoliter 1879/80. Der Bierverbrauch, der pro Kopf 1875 67 Liter betrug, betrug 1879/80 60 Liter. Und als Resultat dieser Verminderung haben wir in das Staatsgesetz über ¼ Million Brauerei eingetragt. Wir haben in der Gesetzgebung von 1879 bereits durch Hopfenzoll, Gerstenzoll u. s. w. eine Belastung der Brauereien herbeigeführt. Darf man eine Industrie, die im sichtbaren Rückgang begriffen, mit neuen Lasten bedrücken? Die Regierung sagt allerdings, der Consumant trägt die Steuer und die Production wird nicht geschädigt. 1878, als man die Verdoppelung der Brauerei beabsichtigte, rechnete die Regierung auf eine Verminderung der Production auf 6 Millionen Hectoliter. Die Motive führen an, die Erhöhung der Steuern in der Pfalz hätte die Production nicht geschädigt. Dagegen zeigte eine Eingabe an die württembergische Kammer vom 20. December 1880, daß die Zahl der Brauereien nach Einführung der neuen Steuern in zwei Jahren von 280 auf 177 zurückgegangen ist. Als 1819 in Preußen die jeßige Steuer eingeführt wurde, hatte sie einen steten Rückgang der Brauerei-Industrie zur Folge und erst 1864 erreichte dieselbe den Standpunkt von 1819 wieder. Aber nicht nur der Producent, sondern auch der Consumant trägt die Steuer.

Herr Director Burdard meinte im vorigen Jahre, das Bier würde 1—3 Pfennige theurer werden. Die Motive sprechen nur von einer Vertheuerung von einem Pfennig. Vom Regierungssicht ist allerdings auch, um die Vertheuerung zu verkleinern, ein dünneres Einbringen angethan worden. Wenn der Herr Director des Reichsgesundheitsamts das erfahren sollte, so könnte er eventuell eine strafrechtliche Verfolgung wegen Anleitung zur Verfehlung von Genussmitteln beantragen. (Heiterkeit.) Aufmerksam zu machen ist auch auf die Steigerung des Exports der Brauereien. Wir sehen, daß derselbe sich von 0,57 der Gesamtproduction 1878 auf 1,51 pCt. 1879/80 gehoben hat. Eine Schädigung der Brauereien würde, da der Export nur nebenbei getrieben werden kann, auch wenn die Steuer zurückgezahlt wird, den Export schädigen. Wir sollten nicht daran denken, eine große Industrie durch Experimente zu schädigen. Wir schädigen nicht bloß die Brauerei-Industrie, sondern auch eine Anzahl anderer, die mit ihr in innerem Conner stehen, Kupferschmiede, Maschinenfabriken, endlich auch die Landwirthschaft. Ich war der Ansicht, daß wir dieser Vorlage, die zum sechsten Male sich ausgedrückt, nicht die Ehre eines anständigen Begräbnisses in der Commission zu Theil werden, sondern daß wir sie wie im vorigen Jahre in der zweiten Lesung zu Grunde gehen lassen sollten. Wenn Sie aber meinen, daß die 21er oder 22er Commission ein gemeinsames Grab für alle Steuerentwürfe mit der Denkschrift sein soll, dann würde ich auch dagegen nichts haben, und wir würden uns als fröhliches Leichengestirn bei der Einfassung betheiligen. (Beifall links.)

Schachschütz Scholz: Der letzte Vorredner hat sich auf den vorjährigen Standpunkt gestellt und hauptsächlich mit medicinischen Gründen argumentirt. Ich glaube, ihm darin nicht weiter folgen zu sollen, und verweise auf die Argumente v. Below's, die doch größere Beachtung verdienen, als ihnen bisher zu Theil geworden ist. Die Denkschrift hat eine größere Aufgabe, als diejenige, lediglich die Begründung für die Brauerei zu bilden. Sie soll vielmehr in großen Umrissen den Steuerreformplan aufzeigen. Herr Witte hat gesagt, den Inhalt der Denkschrift bilde nur das Verlangen nach verstärkten Geldmitteln, für die aber das Bedürfnis nicht nachgewiesen sei. Schon vor acht Tagen glaubte Herr Richter in der Denkschrift sogar nichts weiter zu sehen, als den Satz: Weil das Ausland soviel indirecte Steuern habe, darum müssen wir auch soviel haben. Ich würde Anstand genommen haben, von der Arbeit einer einfachen Privatperson, wenn ich sie nicht anders verstanden hätte, eine solche Absurdität zu behaupten, geschweige denn von einer Arbeit der Reichsregierung. Allerdings ist in der Denkschrift der Gedanke ausgesprochen, daß wir mehr Geld brauchen; wenn aber der Beweis des Bedürfnisses vermisst wird, so frage ich: wie kann ein solcher Beweis anders geführt werden, als durch Darlegung des Planes, den die Regierung bei Verwendung der Mehreinnahmen verfolgt? Zunächst handelt es sich um die Reform der directen Steuern, wo ein Reformbedarf sich fühlbar gemacht hat. Zweitens kommt die Entlastung der Communen durch eine Neuordnung der Schulden, Beseitigung des Schulgelbes, zweckmäßige Organisation der Armenpflege in Frage. Drittens ist ein Fortschritt auf dem Wege nötig, auf welchem der Unfallversicherungs-Entwurf und der Arbeiter-Unfallversicherungs-Entwurf liegen. Es ist beflagt worden, daß die Brauerei wieder allein erscheine, ohne gleichzeitige Erhöhung der Branntweinsteuer; ich muß aber bemerken, daß der Reichsanwalt, wie ihm vorgeworfen ist, keineswegs ein Gegner jeder Erhöhung der letzteren Steuer ist. Eine genaue Lecture des stenographischen Berichtes seiner Rede wird dies ausweisen. Schwerwiegende Bedenken, namentlich im Interesse der Landwirthschaft, haben bis jetzt eine Vorlage dieser Art noch nicht möglich erscheinen lassen. Die Voraussetzung, von der Herr von Vanda die Zustimmung seiner Partei abhängig machte, kann die Regierung nicht acceptiren. Wenn er meint, daß wir zum Erlaß directer Steuern keine Mittel mehr bedürften, so muß ich erwidern, daß das doch nur ein bescheidenes Anfang sein und ein Stehenbleiben auf diesem Wege in dem Lande nicht verstanden werden würde. Einen ziffermäßigen Nachweis zu geben, wie ihn Herr Wiggers verlangte, ist bei der Umlänglichkeit des Planes unmöglich.

Abg. Sonnemann: Die einzige der drei Vorlagen, welche nach der Ansicht vieler Redner zu einem Acte der Gesetzgebung führen könnte, diejenige über die Reichsstempelabgaben, ist merkwürdiger Weise in den Debatten viel weniger erörtert worden, als die bereits zu den Todten geworfene Brauerei- und Weizensteuer. Ehe ich darüber spreche, will ich auf die letzten Bemerkungen des Herrn Staatssecretär Scholz eingehen. Der Herr Staatssecretär hat als den Zweck der neuen Steuerprojecte bezeichnet: 1) die Reform der directen Steuern; 2) die Entlastung der Communen; 3) die Errichtung einer großen Altersversorgungsanstalt für das Reich. Der Plan, die directen Steuern nach dem Vorschlag des Herrn Finanzministers Bitter zu reformiren, scheint mir mit den Vorlagen, welche uns heute beschäftigen, nicht nur in keinem Zusammenhange zu stehen, er ist vielmehr die Negation dieser Vorlagen. Auf der einen Seite will man das mobile Capital durch eine Vertheuerung treffen, auf der anderen Seite will man die Einkommensteuer für Capitalvermögen von 3 auf 6, ja bis 8 Prozent erhöhen. Das eine läßt sich mit dem anderen abfolut nicht vereinigen. Ich kann mir daher sehr gut erklären, warum es der Regierung unangenehm war, daß die Denkschrift des Herrn Bitter vor der heutigen Verathung in die Öffentlichkeit gekommen ist. Was mich betrifft, so erkläre ich, daß ich dem Grundgedanken des Herrn Finanzministers, der darin besteht, aus der Klassen- und Einkommensteuer eine mehr progressive allgemeine Einkommensteuer zu machen, sehr sympathisch gegenüberstehe. Auch die höhere Heranziehung des Renten-Capitals billige ich vollständig, wenn ich die einzelnen Sätze, welche Herr Bitter vorschlägt, auch damit heute noch nicht gutheissen will. Ich habe mich schon im Jahre 1872 gelegentlich meines Antrages auf Abschaffung der Salzsteuer in diesem Sinne ausgesprochen. Ich bin heute wie damals überzeugt, daß Sie das mobile Capital nur dadurch in gerechter und erträglicher Weise zur Steuer heranziehen können, wenn Sie es am

Ertrage fassen, nicht aber wenn Sie den Verkehr durch Umschneuern erschweren.

Eine Vorlage wie diejenige, welche Herr Bitter in seiner Denkschrift in Aussicht stellt, würde meinerseits nicht „angebracht“ abgelehnt, sondern entschieden befürwortet werden. Der zweite von dem Herrn Staatssecretär berührte Punkt ist die Entlastung der Communen. Ich bin der Meinung, daß das Project, nach den Einzelstaaten auch noch die Communen zu Kostgängern des Reiches zu machen, einen unabsehbaren Wirrwarr in unser ganzes Steuerwesen bringen würde. Die große Mehrheit der Bevölkerung wird auf die in Aussicht gestellten Steuernachlässe und Ueberweisungen heute keine Hoffnungen mehr setzen. Was sind die in Preußen nachgelassenen 75 Pfennige der untersten Steuerstufe gegen die 10 Mark, welche die Lebensmittelbesteuerung schon auf Grund der jeßigen Mehreinnahmen von 90 Millionen gleich 2 Mark pro Kopf oder 10 Mark pro Familie beträgt. Diese Riffer wird Niemand als zu hoch gegriffen bezeichnen. Diese einfache Rechnung hat die früheren sanguinischen Erwartungen aberall sehr abgeklärt. Man hat darüber nur eine Stimme: Wir haben genug von dieser Steuerreform gefloht; für die wenigsten bemittelten Klassen kann dabei nichts herauskommen als eine neue Mehrbelastung. Man hat der Herr Staatssecretär auch dreifachen von dem berühmten im Hintergrunde schlummernden Project einer großen Altersversorgungskasse für das Reich gesprochen. Viel eingehender hat sich über dieses Project allerdings der Herr Reichsanwalt geäußert. Da dies nach dem Zugeständnis des Herrn Reichsanwalts ausdrücklich im Hinblick auf die nächsten Wahlen geschähen ist, so gestatten Sie mir wohl einige Worte der Erwiderung. Der Herr Reichsanwalt hat gesagt, daß die Mittel, welche aus den neuen Steuern eintreffen, hauptsächlich zu Zuschüssen des Reiches und der Einzelstaaten an eine solche Kasse verwendet werden sollen. Es wird sich schon bei Verathung des Unfallversicherungs-Gesetzes herausstellen, welche technische und finanzielle Schwierigkeiten der Verwirklichung dieses Projectes selbst auf Seiten derjenigen entgegenstehen werden, welche demselben am freudlichsten gegenüberstehen. Gegen die Aufwendungen, welche eine Reichsaltersversorgung verlangen wird, ist dies aber nur ein Kinderspiel.

Glauben Sie, meine Herren, daß es möglich sein wird, neben einem Heeres- und Marineaufwand von 490 Millionen unsere Industrie leistungsfähig und exportfähig zu erhalten und gleichzeitig die 500—600 Millionen aufzubringen, welche zur Dotirung einer Altersversorgungsanstalt notwendig sein werden? Ich persönlich weise den Gedanken, welcher dem Projecte zu Grunde liegt, absolut nicht von der Hand. Weil ich mich aber mit der Sache vielfach beschäftigt habe, muß ich der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Realisirung eines solchen Projectes neben unseren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einrichtungen für absehbare Zeiten absolut unmöglich ist. Ich kann nur annehmen, daß der Herr Reichsanwalt, der sich ja nach seiner eigenen Erklärung früher mit wirtschaftlichen Fragen wenig beschäftigt hat, sich der Tragweite seiner geistigen Ausführungen nicht in ihrem ganzen Umfange bewußt ist. Diejenigen, welche ihm zur Erregung solcher Hoffnungen gerathen haben, haben, wenn sie die Sache zu beurtheilen vermögen, in hohem Maße gewissenlos gehandelt. Ferner hat der Herr Reichsanwalt gestern ausgeführt, daß er geneigt sei, allen Anträgen auf Zoll-erhöhung volle Aufmerksamkeit zu schenken und dieselben mit seinem Einfluß zu unterstützen, daß er dagegen Anträge auf Zollherabsetzungen nicht berücksichtigen könne. Ich fürchte sehr, dieses Wort, an solcher Stelle ausgesprochen, wird einen höchst betrübenden Einfluß auf unsere gesammten Wirtschaftsverhältnisse ausüben. Viele Industrielle werden glauben, ankant durch Arbeit und Anstrengung, jetzt auf dem Wege der Zollherabsetzung leichter zum Ziele zu kommen. Man erinnert sich noch des Schachers, der während der letzten Zollverhandlung getrieben wurde, und der sich bis an die Eingangssthore des Reichstages gemagt hat. Wobin wollen wir kommen, wenn jetzt aus Neuz ein solcher Wettlauf in Scene gesetzt, und wenn Seitens des Herrn Reichsanwalts zu einem solchen officiell aufgefordert wird? Die Consequenz kann nur sein eine neue Beunruhigung und Aufregung der ganzen Industrie, und schließlich möglicher Weise eine abermalige Mehrbelastung der arbeitenden Klassen.

Ueber die Stempelsteuervorlage habe ich mich im vorigen Jahre eingehender ausgesprochen und habe die Genußnahme gehabt, daß die Commission, welche mit der Verathung des Entwurfs allerdings nicht zu Ende gelangt ist, in ihrer Mehrheit sich einen guten Theil der von mir geltend gemachten Gesichtspunkte angeeignet hat. Diese Commission hat sich sehr bald überzeugt, daß dasjenige, was man gewöhnlich unter dem Collectivnamen Vertheuerung versteht, zum großen Theile gar nicht die Vertheuerung, sondern das ganze Verkehrsleben, den Handwerker, den Industriellen, den Landwirth u. s. w. trifft. Die Commission hat denn auch diesen Theil der Vorlage ausgesprochen und abgelehnt. Sie hat zunächst die Quittungssteuer mit allen Stimmen gegen diejenige des Herrn Grafen Bismarck abgelehnt. Sie hat ferner die Quebré- und Lombardsteuer mit Mehrheit abgelehnt. Mit dem übrigen Theil ihrer Aufgabe ist die Commission bekanntlich nicht zu Ende gekommen. Aber auch hinsichtlich des Stempels neuer inländischer Werthpapiere haben die Herren von der rechten Seite in der Commission sich überzeugt, daß dieselbe weniger die Vertheuerung als die Capitalisten, die landwirthschaftlichen Creditinstitute, die Communen und Kreise treffen würde, und sind in ihren Anforderungen viel mäßiger gewesen als hier im Hause. Ueber ausländische Werthpapiere war das Resultat der Abstimmungen ein negatives. Hier möchte ich nun Verwahrung einlegen gegen eine Stelle der Motive, welche bezüglich ausländischer Papiere neben dem finanziellen Zwecke die Steuer auch als ein Mittel bezeichnet, um schlechte, fremde Werthpapiere vom deutschen Markte fern zu halten. Nach meiner Ueberzeugung würde das Gegenteil erreicht werden. Man hat die Reichspässe deshalb abgelehnt, weil man sich überzeugt hat, daß die größten Spiebbuben sich stets mit sehr schönen Pässen zu versehen wußten. Die Emittenten schlechter Papiere würden sich ebenso wenig durch die Steuer davon abhalten lassen, den deutschen Markt heimzusuchen. Dagegen würden die guten Werthpapiere von unseren Grenzen wegbewichen, weil für diese schon ¼ Prozent eine viel zu hohe Steuer ist. Beispielsweise würden die großen Confectionsoptionen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, an welchen Deutschland bisher so hervorragend interessiert war, fernerhin unsere Märkte nicht mehr aufsuchen können.

Das große Transporthandels in soliden ausländischen Fonds, zu welchem Deutschland durch seine Lage und die Intelligenz seiner Finanzleute vortrefflich befähigt ist, würde uns verloren gehen. Dagegen würden die nordamerikanischen, spanischen, türkischen und anderen exotischen Werthpapiere sich durch das halbe oder ein Prozent Steuer nicht abhalten lassen. Was die eigentliche Vertheuerung, diejenige auf Schlussettel betrifft, so hat die Regierung uns 6 verschiedene Sätze vorgeschlagen. Der Abgeordnete von Wedell-Malschow, der bereits Notizen macht, um mir zu entgegenen, hat noch weit höhere Sätze in der Commission beantragt, bis zu 20, 25 Mark und noch höher für einen einzigen Schlussettel. Auch seitens des Centrums scheint man Anträge unterlassen zu wollen, welche noch über die Regierungssätze hinausgehen, in der Meinung, hierdurch die eigentliche Vertheuerung zu treffen und ein Werk der ausgleichenden Gerechtigkeit zu üben. Sehen wir uns aber in anderen Ländern um, welche eine derartige Steuer seit Jahren eingeführt haben, so werden Sie finden, daß man nirgends derartige hohe Sätze für diese Steuer eingeführt hat. Wo man sie eingeführt hätte, ist man wieder davon zurückgekommen. Das schlagendste Beispiel dafür ist Oesterreich. In Oesterreich hat man schon die verschiedensten Experimente auf diesem Gebiete gemacht, was bei der continuirlichen Finanznoth nicht überflüssig ist. Eben jetzt ist wieder ein neuer Gesetzentwurf an den Reichsrath gelangt. Und wie hoch ist die Schlussettelsteuer in demselben normirt? Obwohl es nicht an Erörterungen der Agitation gefehlt hat, obwohl die gegenwärtige Regierung größtentheils aus der Rechten hervorgegangen, hat man schließlich doch nicht die Schlussettelsteuer höher normirt, als 5 Kreuzer, das ist 10 Pfennig als Firststempel. Man hat das gethan, weil man sich überzeugt hat, daß dieser einfache Satz den Verkehr verhältnismäßig am wenigsten belastet und die höchsten Erträge liefert, weil er die Hinterziehungen und Umgehungen fern hält. Ähnlich ist es in England und Hamburg. Auch in Italien besteht ein Einheitsatz, wenn auch etwas höher. In Frankreich fließt die Steuer theilweise in die Hilfskasse der Wehlagenten, das also einen anderen Zweck.

Ferner wird in Frankreich die große Mehrzahl der Geschäfte außerhalb des Parquets gemacht, zählt also gar keine Steuer. Thatsächlich ist auch das Ertragnis der Steuer auf Schlussette, überall, wo sie besteht, ein relativ geringes. Die hohen Erwartungen, welche man in einzelnen Kreisen an diese Steuer knüpft, würden sich gewiß auch bei uns nicht erfüllen. Dies hat ja auch der Abg. v. Lerchenfeld anerkannt. Ich möchte für den Fall der Annahme dieser Steuer davor warnen, mehr als einen niedrigen Einheitsatz zu erheben, da sonst das Geschäft von den deutschen Plätzen nach Genf, Basel, Brüssel und Wien wandern wird. Ein Vorgehensplan kann man viel leichter verlegen, als eine Fabrik oder ein Handwerksloft. Je höher die Sätze werden, desto weniger wird die Steuer ertragen. Für mich sind seit dem letzten Jahre in der Steuerfrage zwei Nova eingetreten, welche meine Stellung einigermaßen modificiren. Das erste ist, daß die preussische Regierung durch die Denkschrift des Herrn Finanzministers Bitter den richtigen Weg eingeschlagen hat, um zu einer gerechteren Heranziehung des mobilen Capitals zu gelangen. Diesem Reformproject gegenüber erscheint

mir die Vertheuerung als ein laßiges Verkehrsbehinderniß, welches dem Handelsverkommen einer rationellen progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer nur Schwierigkeiten bereiten könnte. Darum kann ich nicht für diese Vorlage stimmen. Zweitens nehmen die gesammten Steuerprojecte, welche uns vom Reiche von Jahr zu Jahr vorgelegt werden, einen immer abenteuerlicheren Charakter an. Solchen Zuständen gegenüber muß ich der Reichsregierung überhaupt jede neue Steuerbewilligung verweigern. Meine Hoffnung in Betreff der Entwicklung unserer Steuerwesen setze ich auf die Zukunft, in erster Linie auf Ersparnisse, von welchen gestern und heute nicht die Rede war, welchen man sich aber schließlich nicht wird entziehen können, wobei ich in erster Linie an den Militäretat denke, nicht aber auf sogenannte Steuerreformen, welche die Lasten von den Schultern der Reicheren nehmen, um sie den Armeren aufzuwälzen. Ich hoffe, die nächsten Wahlen werden das Ergebnis haben, daß die Periode der regelmäßig wiederkehrenden neuen Steuerentwürfe und der nicht einlöslichen Versprechungen vorüber sein wird. (Bravol links.)

Abg. v. Wedell (Malschow): Die Vertheuerung des Bieres unterscheidet sich von der des Branntweins dadurch, daß wir im Branntwein eine Ueberproduction haben, der einen Export nöthig macht. Wir sind gezwungen, große Massen von Branntwein in Form von Spiritus auszuführen und zu Preisen zu verkaufen, zu deren Regulirung wir nichts beitragen können, weil sie auf dem Weltmarkt gemacht werden. Daher ist hier eine Abwälzung der Steuer auf die Consumanten nicht möglich, während dies beim Bier sehr wohl der Fall ist. Ein Ausgleich würde sich bieten, wenn wir einen Punkt ausfindig machen könnten, an dem der Branntwein, ehe er in den Consum übergeht, besteuert werden kann; dann könnte diese Steuer als Zuschlag zur Mälzsteuer fortbestehen. Was die Bräntsteuer betrifft, so hat Herr Sonnemann sogar die geringen Zugeständnisse zurückgezogen, die er derselben im Vorjahre gemacht hat, indem er sich darauf stützt, daß die Vorlagen „abenteuerlich“ seien. Ich kann weder in der Brau- und Biers, noch in der Weizensteuer etwas Abenteuerrisches finden. Unsere Stellung zu der Stempelsteuer ist folgende. Wir sind der Meinung, daß die Quittungssteuer für jetzt nicht zu genehmigen ist, weil sie den kleinen und mittleren Verkehr schädigen würde, und weil außerdem der Entwurf in seinem Tare so viel Ausnahmen enthält, daß man ohne besondere juristische Kenntnisse außer Stande sein würde zu entscheiden, ob man nicht eine Steuercontrabention begebe; endlich weil das deutsche Volk an derartige kleine indirecte Abgaben nicht gewöhnt ist und die Steuer einen mehr oder minder verärgerten Charakter annehmen kann. Die Steuer auf Lotterielose ist wohl zu erwidern, während die Lombardsteuer große Bedenken hat. Der Steuer auf Eßes und Giranweisungen stehen wir sympathisch gegenüber, schon weil bei der Entwicklung des Verkehrs durch den Eßes an Oedre der Wechsel verkehrt werden kann, ein Umstand, der auch den Rückgang in der Wechselstempelsteuer erklärt. Wir erklären uns mit der Vertheuerung der Actien, Schuldverschreibungen einverstanden, wenn Obligationen der Communalverbände davon befreit oder mindestens zu einem geringen Betrage besteuert werden. Unter den Vorschlägen halten wir besonders eine Vertheuerung der Zeitgeschäfte wünschenswerth. Die Schwierigkeiten, die hierbei zu Tage treten, lassen sich hoffentlich bei einem guten Willen in der Commission überwinden. Eine solche Steuer hätte auch den Vorzug, daß sie nicht, wie von jener Seite der neuen Steuerreform vorgeworfen wird, den armen Mann trifft. Ich beantrage, die Stempelsteuervorlage einer Commission von 21, die Brauerei einer solchen von 15 Mitgliedern zu überweisen.

Bundesrathsgesammler Girth, auf der Tribüne schwer verständlich, betont, daß die vorgeschlagene Vertheuerung keineswegs einer Abneigung gegen die Börse entspreche, und nicht darauf ausgehe, die Börsengeschäfte einzuschränken. Er weist die Einwendungen zurück, welche gegen die Steuer auf Quittungen erhoben worden, und behauptet, daß diese Abgabe sich in den Staaten, in denen sie eingeführt sei, bewährt habe, ohne wesentliche Belästigungen des Publikums im Gefolge gehabt zu haben. Er empfiehlt die Vorlagen schließlich wohlwollender Behandlung.

Damit schließt die Debatte. Abg. v. Vanda hatte beantragt, die beiden Vorlagen an eine gemeinsame Commission zu verweisen; dieser Antrag wird gegen die Stimmen der liberalen Parteien abgelehnt. Der Antrag des Abg. v. Below, für die Brauerei eine Commission von 14 Mitgliedern einzusetzen, wird gegen die Stimmen der Deutsch-Conservativen und der deutschen Reichspartei verworfen, dagegen der Vorschlag des Abg. v. Below, die Vorlage über die Reichsstempelabgaben an eine besondere Commission von 21 Mitgliedern zu verweisen, mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die erste Verathung des Geseh-Entwurfs, betreffend die Vertheuerung der zum Militärdienst nicht herangezogenen Wehrpflichtigen.

Abg. Reichensperger (Dps): Die Militärlast ist zwar eine unbedingt notwendige, sie ist aber auch die drückendste und schwerste öffentliche Last. Diese Last wird nur von einem Drittel der männlichen Bevölkerung getragen, während zwei Drittel von derselben frei bleiben. Wäre es möglich, die militärische Ausbildung in einem Jahre zu vollenden, so würde man bei gleicher pecuniärer Belastung des Landes die gesamte dienstfähige Bevölkerung zum Dienst heranziehen können. Da dies aus militärisch-technischen Gründen nicht thunlich ist, so muß das eine Drittel die Last für die Gemainschaft tragen. Ein Theil wird freigelassen, weil er eine hohe Loosnummer gezogen hat, Andere bleiben befreit, weil sie zufällig das Militärmag nicht erreicht haben, wenn sie auch sonst die strammsten und kräftigsten Leute sind und vielleicht eine glänzende botirte Stellung einnehmen. Wieder Andere bleiben von der Militärlast befreit, weil sie wegen ehrenrühriger Handlungen zu Zuchthausstrafe verurtheilt sind; für diese wird die Befreiung geradezu zu einer Prämie, welche auch keineswegs immer durch die Höhe der Strafe compensirt wird. Eine Ausgleichung scheint unter solchen Umständen unbedingt geboten, wenn auch die Leistung der Freigelassenen keinesfalls als ein Aequivalent, sondern nur als ein Surrogat der Dienstpflicht zu betrachten ist. Wöllig unverständlich ist es mir, wie die Vorlage bestimmen kann, daß diejenigen, welche wegen eines körperlichen oder geistigen Fehlers erwerbsunfähig sind, auch wenn sie ein erhebliches Einkommen haben, von der Steuer befreit bleiben sollen. Eine Erklärung finde ich nur in dem Umstande, daß die Regierung von der Anschauung ausgeht, das Reich habe eigentlich einen Anspruch auf Heranziehung aller wehrfähigen Männer und dürfe deshalb, weil es von diesem Rechte nur gegen einen Theil derselben Gebrauch mache, die übrigen zu einer anderen entsprechenden Leistung heranziehen. Diese Anschauung ist absolut falsch. Der Rechtsanspruch des Reiches ist durch die Ableistung der Dienstpflicht seitens des einen Drittels vollkommen befriedigt. Nur das Princip der ausgleichenden Gerechtigkeit erfordert die Heranziehung der nicht dienenden Bevölkerung zu anderen Leistungen, diese Ausgleichung hat aber nicht zwischen den vom Dienst Befreiten und dem Reich, sondern zwischen den Dienstpflichtigen und den Nichtdienstpflichtigen zu erfolgen. Der Antrag, welcher durch die Wehrsteuer aufgebracht wird, kann deshalb nur denjenigen zu gute kommen, welche ihrer Militärvpflicht gedenkt haben, und würde denselben bei ihrer Entlassung als ein Handgeld auszuhandeln sein. Ich fürchte nicht, daß man eine völlig unzutreffende Parallele zwischen diesem Gelde und dem Stück Geld, welches einem entlassenen Sträfling gegeben wird, ziehen könnte. Das durch den Militärdienst Erworbene ist das ehrenvollste verdiente Geld und schon die Römer haben dasselbe mit den größten Reichthümern ausgetauscht. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme der Vorlage, aber nur in dem von mir angegebenen Sinne.

Abg. v. Puttkamer (Lubben): Während der Vorredner sich gegen die Vorlage zum Wort gemeldet hat und in den wesentlichen Punkten dafür gesprochen hat, bin ich dagegen für die Vorlage eingeschrieben und werde mich wahrscheinlich ablehnend dagegen verhalten. Herr v. Malschow hat schon gestern sein Bedenken gegen dieselbe ausgesprochen, und ich muß hervorheben, daß diese Steuer vollständig aus dem Rahmen der von uns gewünschten Steuerreform herausfällt. Einige Ausführungen in den Motiven, wie die über die Ausgleichung zwischen dem zum Dienst Berufenen und Befreiten, die Herleitung von Motiven dafür aus Art. 58 der Reichsverfassung, namentlich den Militäretat zu Gunsten anderer Steuerzahler zu entlasten, berühren uns ja sympathisch. Indessen befürchten wir, daß aus derselben Collisionen mit den uns theuren Traditionen über den Charakter der allgemeinen Wehrpflicht entstehen könnten. Wir haben von jeder dieser Erfüllung der höchsten Ehrenpflicht im Staate für incommensurabel gegen ein Aequivalent von irgend einer Art gehalten, und wir müssen wünschen, diese Tradition völlig intact zu halten. Wenn auch die Motive diesen Gedanken abweisen, so befürchte ich aber, daß im Volke allmählich dieser Gedanke zum Durchbruch kommt und dann bleibt die weitere Consequenz, die Erweiterung der Steuer zum Loos nur ein Schritt, welcher den Reicheren im Gegensatz zu den Armeren Befreiung vom persönlichen Dienste gewähren würde. Wir wünschen nicht, daß auf die allgemeine Wehrpflicht, die glanzvollste unserer Institutionen auch nur der leiseste Schatten eines Zweifels falle. Bezüglich der ausgleichenden Gerechtigkeit, von der der Herr Vorredner sprach, so erfüllt meines Erachtens jeder Wehrpflichtige, sobald er sich rechtzeitig dem Staate stellt, seine gesellschaftliche Verpflichtung und wird er für körperlich undbrauchbar befunden, so ist er nicht Schuld daran. Ich

sehe also nicht ein, wie nach dieser Richtung hin den für brauchbar Befunden das Princip der Gerechtigkeit verlegt wird. Ebenso ist es mit denen, welche durch eine hohe Lossumme oder wegen bürgerlicher Verhältnisse befreit werden, denn diese machen nur von den gesetzlichen Bestimmungen Gebrauch. Was nun die wirtschaftlichen Nachteile betrifft, so darf man diese nicht übertreiben. Denn in wirtschaftlicher Beziehung wirkt der Dienst in der Armee sehr vorteilhaft, die davon Betroffenen werden für ihre künftigen wirtschaftlichen Leistungen körperlich geeignet gemacht, lernen die Cardinaltugenden des Mannes: Gehorsam, Treue, Ehre und Tapferkeit und sind leichter in der Lage, eine günstige wirtschaftliche Position zu finden, denn in vielen Berufsweigen nimmt man vorzugsweise Leute, die gebildet haben. Nun ist noch der Mangel der Bekleidung in Betracht zu ziehen. Wir streben im Wesentlichen dahin, unsere directen Steuern möglichst durch indirecte zu ersetzen, während hier eine ganz neue und sehr complicirte directe Einkommensteuer eingeführt wird, und das macht uns besondere Schwierigkeiten, für die Vorlage einzutreten. Sollte die Vorlage abgelehnt werden, so würde ich ja den Ausfall von 20 Millionen Mk. sehr bedauern, jedoch könnte dieser ja durch eine Börsensteuer, bei der uns hoffentlich der Abg. Lasker behilflich sein wird, ersetzt werden. Trotz der Bedenken aber hoffe ich, daß durch eine commissarische Verabreichung die Schwierigkeiten überwunden werden könnten und beantragte deshalb, die Vorlage einer Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

(Schluß folgt in der Morgen-Ausgabe.)

Berlin, 29. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Major v. D. Habelmann, bisher im 2. Hessischen Infanterie-Regiment Nr. 82, und dem Steuer-Inspector Siebers zu Königsberg i. Pr. den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Oberken. D. Breckler, bisher Bezirks-Commandeur des 1. Bataillons (Osnabrück) 1. Hannoverschen Landwehr-Regiments Nr. 74, und dem Ober-Postkasten-Rendanten, Rechnungs-Rath v. Breslau den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; ferner dem Fabrikmeister Benedict Kowatz, dem Waldbodenmeister Heinrich Weileke, den Tuchweber Joseph Gorius und Karl Knapp, und den Fabrikarbeitern Adolf Korten und Wilhelm Vollenberg, sämtlich zu Werden im Landkreise Essen, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Geheimen erpedirenden Secretär, Rechnungs-Rath Mielenz vom Kriegsministerium den Charakter als Geheimen Hofrath verliehen.

Den Lehrern Dr. Kuhlmeier und Laus an der städtischen höheren Mädchenschule und der mit derselben verbundenen Lehrerinnen-Bildungs-Anstalt zu Wiesbaden ist das Prädicat Oberlehrer beigelegt worden. — Den Dozenten an der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin, Geheimen Regierungsrath Dr. Settegast, Dr. Bruner und Dr. Rehring, sowie dem Dozenten an der landwirtschaftlichen Akademie zu Boppelsdorf, Bau-rath Dr. Schubert ist das Prädicat Professor verliehen worden.

Berlin, 29. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute den Polizeipräsidenten von Madat, nahm in Gegenwart Sr. königlichen Hoheit des Prinzen August von Württemberg, des Gouverneurs und des Commandanten militärische Meldungen und demnachst den Vortrag des General-Adjutanten von Albedyll entgegen und ertheilte dem Fürsten Carl zu Hensburg-Bitsien eine Audienz. Später conferirten Se. Majestät mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck.

Berlin, 30. März. [Personalveränderungen im auswärtigen Amt.] Die preussischen Ministerresorts des Cultus und des Innern und ihre künftigen Leiter. Mit der unmittelbar bevorstehenden Publikation des Reichshaushalts-Gesetzes werden auch die neuen Anordnungen im Auswärtigen Amt zur Ausführung gelangen, in welchem der Gef. Legationsrath Buich den Posten eines Unterstaatssecretärs bekleiden wird. Ueber die Verwendung, welche der bisherige Director im Auswärtigen Amt von Phillipsborn erhalten, bezw. über die Frage, ob sich derselbe, wie er es beabsichtigte, aus dem Reichsdienst zurückziehen wird, dürfte gleichzeitig eine unmittelbare Entscheidung bevorstehen. — In Reichstagskreisen hieß es heute mit voller Bestimmtheit, daß die definitive Besetzung des Ministeriums des Innern sich nicht über den 1. April hinaus verzögern und Herr von Puttkamer mit diesem Termin an die Spitze des Cultusresorts zurückkehren würde. Es hat diese Annahme umso mehr für sich, als es ja immer mehr wahrscheinlich wird, daß auf kirchenpolitischen Gebieten Revisionen der bestehenden Gesetzgebung beliebt werden mögen. — Als Minister des Innern war nur der Name des Regierungspräsidenten v. Wolff in letzter Zeit in Frage gekommen, in diesem also wird man den künftigen Minister des Innern zu erwarten haben.

[Die Antwort des Kaisers auf die von dem Berliner Stadtverordneten überreichte Geburtstagsadresse] lautet: Ich habe die Mir von Ihnen zu Meinem Geburtstage gewidmete Adresse mit besonderem Wohlgefallen gelesen und in ihr gern einen neuen Beweis dafür gefunden, wie sich das Band inniger Anhänglichkeit, in welcher die Bürgerstadt Berlin sich mit Meinem Hause verbunden fühlt, immer fester knüpft. Meine Freude darüber gebe ich um so lieber zu erkennen, als der Ausdruck treuer herzlicher Theilnahme Ihrer Mitbürger, wie er bei glücklichen Ereignissen im öffentlichen und Familienleben Meine Freude erhöht, so bei schweren Schicksalsschlägen die Trauer lindert. Ich spreche Ihnen Meinen verbindlichen Dank für Ihre guten Wünsche aus und vereine Mein Flehen mit dem Ihrigen, daß der Allmächtige die Gebete um Verleihung Seines Segens zum Heil und Frommen unseres theuren Vaterlandes gnädig erhören möge.

Berlin, den 24. März 1881. Wilhelm.

[Wilhelm Wadernagel.] Mitredacteur der „National-Zeitung“ und bis vor zwei Jahren ein verdienter Mitarbeiter unseres Blattes, ist in Berlin nach langer Krankheit einem Herleiden in der Nacht zum 26. v. erlegen. Der Dahingeforderte erreichte ein Alter von 48 Jahren, er war ein kenntnisreicher Journalist und vortrefflicher Mensch.

[Richtigstellung.] Die der „Post“ entlehnte Notiz über einen der Frau Kronprinzessin am 27. v. zugegangenen Drohbrieff, welche wir auch im Morgenblatt unter Berliner Neuigkeiten mittheilten, ist, wie jetzt dem citirten Blatte mitgetheilt wird, unrichtig. Es sind allerdings vor der Abreise der Kronprinzen demselben wie der Frau Kronprinzessin zahlreiche Warnungen und Zuschriften zugegangen, in denen vor den Gefahren gewarnt wurde, welche der Aufenthalt in St. Petersburg mit sich bringen müßte, doch ist dies niemals in feindseliger und drohender Weise geschehen. Wahrscheinlich aus der Erzählung dieser Vorkommnisse und in Folge eines Mißverständnisses, ist die irrtümliche Version entstanden.

[Verboten auf Grund des Socialisten-Gesetzes] wurde das socialistische Flugblatt: „An die Wähler des Wahlkreises Hanau, Gelnhausen und Orb“, herausgegeben von dem „Socialistischen Wahlcomité“ und gedruckt in der Vereins-Buchdruckerei in Höttingen-Bärn in der Schweiz.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 29. März. Der Kaiser conferirte Nachmittags eine Stunde mit Bismarck.

Berlin, 29. März. Eine gegen 6000 Personen starke liberale Wählerversammlung, worin Bismarck und Ludwig Löwe Vorträge hielten, wurde wegen durch die anwesenden Antisemiten hervorgerufenen Unruhestörungen, polizeilich aufgelöst.

Dresden, 29. März. (Amtlich.) Prinz Albert, Sohn des Prinzen Georg, ist nicht unbedenklich erkrankt.

Hamburg, 29. März. Der Bürgerchaft wird morgen seitens des Senats ein Antrag zugehen auf Einsetzung einer gemischten, aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerchaft bestehenden Commission zu vertraulichen Beratungen über die in der Zollanschluß-Angelegenheit zu treffenden Maßregeln.

Nicholsstadt, 29. März. Der Führer der ersten österreichisch-ungarischen Nordpol-Expedition, Schiffsleutnant Weyprecht, ist heute hier gestorben.

Rom, 29. März. Gestern Abend war Concert im Quirinal. Der rumänische Gesandte Creulesco wurde anlässlich der Procla-

mation Rumäniens zum Königreich von den Ministern, Diplomaten und politischen Persönlichkeiten auf das Wärmste beglückwünscht.

Paris, 29. März. Die „Agence Havas“ meldet aus Konstantinopel: Zu den Bedingungen, worüber man sich verständigt, gehört auch die Abtretung Puntas gegenüber Preveza. — Der Senat beriet einen Gesetzesentwurf, betreffend die Abschaffung der Obediensbriefe, welche die Unterrichtsverlaufsbescheinigung für congreganistische Lehrer ersetzen. Ghesnelong bekämpfte den Entwurf; Parieu verlangte die Regierung über die Münzconferenz zu befragen. Magnin entgegnete, die Umstände gestatteten nicht, gegenwärtig zu antworten. Parieu formte die Anfrage in eine Interpellation um, deren Berathung auf den 7. April festgesetzt wurde. Die Zolltarifcommission der Kammer verwarf die Zollserhöhungen des Senats auf Weine, Biere und Alkohol. — Den Blättern zufolge ist der Generalconsul in Beirut, Sienkiewitsch, an Stelle Rings zum Generalconsul von Egypten ernannt. Es verlautet, Leon Renault beabsichtige, Barthélemy wegen der Dispositionen Rings zu interpelliren. Dem „Telegraph“ zufolge ist die Maßregel hervorgerufen durch incorrectes Verhalten Rings bei den letzten Unruhen in Kairo. — In der Municipalrathssitzung wurde das Decret verlesen, welches das letzte Labelsotum gegen den Polizeipräsidenten annullirt. Der Municipalrath nahm die Tagesordnung an, welche das lebhafteste Bedauern ausdrückt, daß die Beziehungen zwischen dem Municipalrath und dem Präfekten so schwierig geworden, daß es der guten Verwaltung von Paris schaden könne. Gleichzeitig soll die Regierung aufmerksam gemacht werden, daß ein derartiger mißlicher Zustand nicht länger andauern könne.

London, 29. März. Oberhaus. Spencer erklärt, Granville habe die Regierungen des Auslandes ersucht, die Absendung franker Viehes nach England zu verhindern.

London, 30. März. Das „Bureau Reuter“ meldet aus Konstantinopel: In den Postkassen wird versichert, die Postkassier hätten sich über die Annahme der von der Pforte vorgeschlagenen Grenzlinie geeinigt.

Petersburg, 29. März. Ein kaiserlicher Ukas vom 8. März befehlt dem Ministerium, das Posten- und Telegraphen-Departement und das der fremden Gulte wie früher dem Ministerium des Innern zuzuzählen.

Petersburg, 29. März. Wie es heißt, ist Graf Schuwalow, welcher sich demnachst in außerordentlicher Mission nach Wien begibt, vom Kaiser eingeladen worden, in der Wiener Hofburg Absteigequartiere zu nehmen.

Petersburg, 30. März. Der „Agence Russe“ zufolge ist ein vollständiges Einvernehmen der Postkassier in Konstantinopel erfolgt, es erübrigt noch dessen Annahme durch beide streitenden Theile. Alles berechtigt zu glauben, daß dieses Ergebnis erreicht werde. — Der feierliche Minister der Posten und Telegraphen, Rafow, wurde zum Mitglied des Reichsraths ernannt.

Bukarest, 29. März. Der „Romanul“ weist die Behauptung zurück, daß eine Grobmaße auf die Proclamation des Königthums Einfluß genommen, und versichert, daß der nationale Act keinen anderen Grund und Zweck habe, als die Stabilität, Ordnung und das Gedeihen der rumänischen Nation. Auch im israelitischen Tempel fand Festgottesdienst zur Feier der Proclamation des Königthums und Gebete für das Wohlergehen des Königs und der Königin statt. Der die Guldigung darbringenden Armee und Offiziere empfangende König drückte den Wunsch aus, lange Friedensjahre mögen die Entwicklung Rumäniens gestalten. Die Belgische Regierung erkannte bereits das Königreich Rumänien an.

Newyork, 29. März. Der Werth der aus den Vereinigten Staaten im Monat Februar v. J. exportirten Waaren überstieg denjenigen der importirten Waaren um 20 Millionen Dollars. Der Export an Gold und Silber überstieg im Monat Februar den Import um 465,000 Dollars.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(B. L. B.) Paris, 29. März, Abends. [Boulevard.] 3% Rente —, Neueste Anleihe 1872 120, 92. Türken 13, 95. Neue Egyptier 375, —. Banque ottomane —, Italiener 91, 35. Chemins —, Defferr. Goldrente —, Ungar. Goldrente 99%, Spanier erster, —, inter. —, Staatsbahn —, Lombarden —, 1877er Russen —, Türkenloose 57, —, Türken 1873 —, Amortisirbare —, Orient-Anleihe —, Barifer Bank —, Fest.

Frankfurt a. M., 29. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß Course.] Bonboner Wechsel 20, 482. Barifer Wechsel 80, 67. Wiener Wechsel 174, 27. Köln-Mindener-Stamm-Aktien 150%, Rheinische Stamm-Aktien 162%, Hessische Ludwigsbahn 91%, Köln-Mind. Prämien-Anth. 131%, Reichsbank 101%, Reichsbank 145%, Darmstädter Bank 145%, Meininger Bank 97%, Defferr.-Ungarische Bank 705, 00. Creditactien 267%, Silberrente 66%, Papierrente 65%, Goldrente 81%, Ungarische Goldrente 98%, 1860er Loose 123%, 1864er Loose 315, 50. Ungarische Staatsloose 225, 20. Ungar. Oskoban-Obligat. II. 89%, Böhmische Westbahn 228, Elisabethbahn 180%, Nordwestbahn 174%, Galizier 233%, Franzosen 255%, Lombarden 93%, Italiener —, 1877er Russen 93, 1880er Russen 74%, II. Orientanleihe 60%, III. Orientanleihe 59%, Central-Pacifi 112, Wiener Bankverein 111, Kronpr. Rubel —, Ungarische Papierrente —, Elbthal —, Lotzinger Eisenwerke —, Privat-Discont —, pSt. Spanier —, Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 267%, Franzosen 255%, Galizier —, Lombarden —, Defferr. Goldrente 98%, Ungar. Goldrente —, 1880er Russen —, II. Orientanleihe —, III. Orientanleihe —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 29. März, Nachm. [Schluß Course.] Preuss. 4proc. Conjols 101%, Hamburger St.-Br.-A. 126%, Silberrente 66%, Deff. Goldrente 81%, Ung. Goldrente 98%, Credit-Actien 267%, 1860er Loose 123%, Franzosen 638%, Lombarden 234, Ital. Rente 90%, 1877er Russen 93%, 1880er Russen 73%, II. Orient-Anl. 58, Laurahütte 107, Norddeutsche 162%, 5% Amerik. 94%, Rhein. Eisenbahn 163%, do. junge 158%, Berg.-Märkische do. 113, Berlin-Hamburg do. 234, Altona-Riel do. 156%, Discont 2%, —, Rubig.

Silber in Barren per Kilogr. 154, 50 Br., 154, 00 Gd. Wechselnotirungen: London lang 20, 37 Br., 20, 31 Gd., London kurz 20, 52 Br., 20, 44 Gd., Amsterdam 167, 55 Br., 166, 95 Gd., Wien 173, 50 Br., 171, 50 Gd., Paris 80, 05 Br., 79, 65 Gd., Petersburg 209, 00 Br., 205, 00 Gd., Newyork kurz 425 Br., 415 Gd., do. 60 Tage Sicht 417 Br., 407 Gd.

Hamburg, 29. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine fest. Roggen loco unverändert, auf Termine fest. Weizen pr. April-Mai 208, 00 Br., 207, 00 Gd., pr. Juni-Juli 213, 00 Br., 212, 00 Gd., Roggen pr. April-Mai 191, 00 Br., 190, 00 Gd., pr. Mai-Juni 187, 00 Br., 186, 00 Gd., Hafer u. Gerste unverändert. Rüböl matt, loco 54, 00, pr. Mai 54, 00. Spiritus matt, per März 46 Br., per April-Mai 46 Br., pr. Mai-Juni 46 Br., pr. Juni-Juli 46 Br. Raffee rubig, Umfah 1500 Sack. Petroleum rubig, Standard white loco 7, 50 Br., 7, 40 Gd., per März 7, 50 Gd., per August-December 7, 80 Gd. Wetter: Sehr schön.

Posten, 29. März. Spiritus pr. März 51, 20, pr. April 51, 40, pr. April-Mai 51, 70, pr. Juli 53, 20. Gel. —, Liter. Flau.

Liverpool, 29. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Rühmehlicher Umfah 6000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 20,000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 29. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umfah 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Rubig. Middl. amerikanische April-Mai-Lieferung 6 1/2, Mai-Juni-Lieferung 6 1/2, D.

Manchester, 29. März, Nachm. 12r Water Armitage 7%, 12r Water Taylor 8%, 20r Water Micholls 8%, 30r Water Gidlow 9%, 30r Water Clayton 9%, 40r Mule Manoll 9%, 40r Mule Willinson 11%, 30r Warp-cops Qualität Rowland 10%, 40r Double Weston 10 1/2, 60r Double Weston 14, Printers 1 1/2, 2 1/2, 8 1/2, 9 1/2, 93. Rubig.

(B. L. B.) Newyork, 29. März, Abends 6 Uhr. [Schluß Course.]

Wechsel auf Berlin 93% (bedeutet: Dollars pro 400 Mark 60 Tage Sicht Wechsel auf London 4, 80 1/2, do. auf Paris 5, 26 1/2. 5procentige fundirte Anleihe 101 1/2, 4procentige fundirte Anleihe 1877 114 1/2. Erie-Bahn 48. Central-Pacifi-Bahn 113. Newyork-Centralbahn 145 1/2. Baumwolle in Newyork 10 1/2, do. in New-Oreans 10 1/2. Raffinirtes Petroleum in Newyork 7 1/2. Raff. Petroleum in Philadelphia 7 1/2. Robes Petroleum 6 1/2. Pipe line Certificates 0, 81. Mehl 4, 60. Rothe Winterweizen 1, 23. Mais (old mixed) 60. Ruder (Fair refining Muscadados) 7 1/2. Raffee Rio 12. Schmalz (Marke Wilcox) 11 1/2, do. Fairbanks 11 1/2, do. Rothe u. Brothers 11 1/2. Sved (Short clear) 8 1/2. Getreidekraft 4 1/2.

Petersburg, 29. März, Nachm. 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 M. 24 1/2, do. Hamburg 3 M. 210 1/2, do. Amsterdam 3 M. 125 1/2, do. Paris 3 Mon. 262 1/2, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (geft.) 224 1/2, do. de 1866 (geft.) 216 1/2, Russ. Anl. de 1873 137 1/2, Russ. Anl. de 1877 142 1/2, 1/2-Imperial 7, 94 1/2, Große Russ. Eisenbahnen 256 1/2, Russ. Bodencredit-Briefe 130, II. Orient-Anleihe 92 1/2, III. Orient-Anleihe 92 1/2, Privatdiscont 5%.

Petersburg, 29. März, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 54, 00, per August 56, 00. Weizen loco 16, 40. Roggen loco 12, 60. Hafer loco 5, 75. Hafer loco 31, 00. Leinsaat (9 Pud) loco 16, 60. — Wetter: Heiter.

Königsberg, 29. März, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen still. Roggen unverändert, loco 117/118pfd. 2000 Pfund Zollgewicht 181, 25, per Frühjahr 187, 50, per Mai-Juni 186, 50. Gerste still. Hafer unverändert, loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht 148, 00, per Frühjahr 142, 00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfund Zollgewicht 160, 00. Spiritus pr. 100 Liter 100 Procent loco 54, 50, per Frühjahr 55, 25, per Mai-Juni 55, 50. — Wetter: Schön.

Danzig, 29. März, Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen loco lustlos. Umfah 170 Tonnen. Bunt und hellfarbig, mehr oder weniger ausgewaschen 163, 50, hellbunt 177 bis 187, 00, hochbunt u. glash 198, 00 bis 225, 00, per April-Mai Transit 200, 00, per Mai-Juni Transit 200, 00. Roggen fest, loco inländischer pr. 120 Pfund 180, 00 bis 191, 03, polnischer oder russischer pr. 120 Pfund Transit —, unterpolnischer per April-Mai Transit 181, 00, inländischer per April-Mai 190, 00. Kleine Gerste loco 130, 00. Große Gerste loco 152, 00. Hafer loco 147, 00 bis 149, 00. Erbsen loco 135, 00 bis 150, 00. Spiritus pr. 10,000 Liter pSt. loco 53, 75.

Peft, 29. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco und auf Termine rubig, pr. Frühjahr 11, 30 Gd., 11, 35 Br., pr. Herbst 10, 22 Gd., 10, 25 Br. Hafer pr. Frühjahr 6, 35 Gd., 6, 40 Br. Mais pr. Mai-Juni 5, 80 Gd., 5, 82 Br. Rüböl 12 1/2. — Wetter: Trübe.

Paris, 29. März, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt, pr. März 30, 25, pr. April 28, 80, pr. Mai-Juni 28, 60, pr. Mai-August 28, 30. Roggen fest, pr. März 22, 50, pr. Mai-August 21, 50. Mehl behauptet, pr. März 63, 50, pr. April 62, 90, pr. Mai-Juni 62, 10, pr. Mai-August 61, 60. Rüböl matt, pr. März 71, 25, pr. April 71, 25, pr. Mai-August 72, 75, pr. September-December 74, 00. Spiritus weichend, pr. März 58, 75, pr. April 59, 50, pr. Mai-August 59, 50, pr. September-December 57, 75. — Wetter: —.

Paris, 29. März, Nachmittags. Rohzucker 88° loco rubig, 57, 25. Weißer Zucker steigend, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. April 67, 25, pr. April 67, 60, pr. Mai-August 68, 25.

London, 29. März, Nachm. Habannazucker Nr. 12 24. Rubig. Antwerpen, 29. März, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen unverändert. Hafer still. Gerste steigend.

Antwerpen, 29. März, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 bej. und Br., per April 19 Br., per September-December 20 1/2 bej., 20 1/2 Br. Fest.

Bremen, 29. März, Nachmittags. Petroleum besser. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 55—7, 60, per April 7, 45—7, 50, per Mai 7, 45 bis 7, 50, per August-December 8, 10. Alles bezahlt.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 29. März. [Börse.] In ihrer Grundtendenz war auch die heutige Börse recht fest, diese Stimmung gelangte aber auf keinem Gebiete zur vollen Geltung, weil die Geschäftstheätigkeit sich um ein ganz Erhebliches reducirt hatte. Die äußere Bewegung, welche die Erledigung der Prologationen mit sich bringt, war heute in Fortfall gekommen, da die Liquidation, abgesehen von einer verhältnißmäßig geringen Zahl kleiner Nachzügler, als erledigt zu betrachten ist. Der gesammte Verkehr bot demnach ein recht ruhiges Bild ohne besondere charakteristische Merkmale. Die Course erfuhren nur überwiegenden Theile eine mehr oder minder bedeutende Besserung, die fast ausschließlich als das Resultat der gänzlich fehlenden Verkaufsflut zu erachten ist. Das Hauptinteresse beanspruchte wiederum der Rentenmarkt, auf welchem sich ziemlich gute Umsätze vollzogen, besonders beliebt waren Oesterreichische und Ungarische Papierrente, letztere auf Grund der von der Creditanstaltgruppe vollzogenen Option auf den ihr noch zustehenden Theil der jüngsten Anleihe. Credit-Actien waren minder lebhaft, wenn auch im Course höher. Lombarden blieben total vernachlässigt, dagegen vermochten Franzosen bei 2 M. höherem Course vorübergehend Interesse zu erwecken. Defferr. Nebenbahnen verkehrlos und fast unverändert. Von den russischen Anleihen 1880er in gutem Umsatze. Sehr angeboten russische Noten, für welche ein bedeutendes flottantes Material sich herausgestellt hat, und die dieserhalb nachträglich bis 1/2 M. Report bedangen, während seit sehr langer Zeit Report auf dieselben gezahlt werden mußte. Montanwerthe gesucht und steigend in Folge günstiger Berichte über den englischen Eisenerzmarkt. Bahnen waren schwach und verlor durchgehends; besonders offerirt wurden Breslau-Freiburger auf Grund der unbefriedigenden Dividende (4%), welche die Bahn zur Verteilung bringt. Die Banken blieben unbeachtet. Im weiteren Verlaufe der Börse konnten nur wenige Papiere unter dem Drucke der Geschäftstheile ihren Coursestand behaupten, die Tendenz bewahrte dagegen im Großen und Ganzen ihren festen Charakter. Die Infolvenz zweier unbedeutender Speculanten, die dem Ultimo zum Opfer gefallen sind, blieb ohne jeglichen Einfluß. Schluß fest.

Course um 2 1/2 Uhr: Rubig. (Aprilcourse.) Credit 536, Fram. 512, 50, Lombarden 189, 00, Reichsbank 145, 70, Disconto-Comm. 175, 00, Handels-Gesellschaft —, Laurahütte 107, 87, Dortmund Union 85, 37, Bergische 112, 62, Rumänische Rente 96, 75, Türken 13, 75, Italiener 90, 87, Oesterreichische Gold-Rente 81, 75, dito Silber-Rente 66, 62, dito Papier-Rente 65, 87, Ung. Goldrente 98, 62, 5proc. Russen 1877 95, 25, 4proc. do. 1880er 74, 87, Köln-Mindener —, Rheinische —, II. Orient-Anleihe 60, 00, do. III. 59, 62, Russ. Noten 210, 25, Wiener Bankverein 223, 50, Wuschiebrader 73, 87, Jafelstionsanleihe 94, 30.

Coupons. (Course nur für Posten.) Defferr. Silberr.-Coup. 173, 70 bej., do. Eisenbahn-Coupon 173, 70 bej., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. I. Wien Amerikanische Gold-Doll. Bonds 4, 215 bej., do. Prioritäten 4, 215 bej., do. Papier-Dollar 4, 215 bej., 6% New-York-City 4, 215 bej., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 75 Pf. I. Berl., Bohn. Papier u. verl. min. 75 Pf. Barisan, Russ. Zoll 50, 52 bej., 1822er Russen —, Gr. Russ. Staatsb. — bej., Russ. Boden-Credit — bej., Barisan-Wiener Comm. — bej., Barisan-Lerespal — bej., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Diversis in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Boris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Spz.-Obligat. 20, 42 bej.

Berlin, 28. März. [Central-Viehmarkt.] (Amtlicher Marktbericht.) Es standen zum Verkauf: 2040 Rinder, 6265 Schweine, 1149 Kälber, 9318 Hammel. Für Rinder besserer Qualität sind heute etwas gehobene Preise zu notiren, da einmal der Auftrieb geringer war als vor acht Tagen und sich außerdem der Begehr für den Export ziemlich rege zeigte; geringere Waare ging nicht über den vormerkentlichen Preis hinaus, weil, wie es am Quartalschluß und kurz vor der Unzugszeit erfahrungsmäßig stets der Fall ist, der locale Consum sich sehr vermindert zeigte. Es erzielte Ia 56—58, in einzelnen Fällen auch darüber, IIa 52—55, IIIa 44—47, IVa 30—39 M. per 100 Pfd. Schlachtgewicht. — Schweine hielten, mit Ausnahme der Rassen, die, da große Auswahl von mittelgroßen Landschweinen am Plaz waren, nicht besonders beachtet wurden, fast durchweg den vormerkentlichen Preis: Beste Mecklenburger und Bommern 60—62, bessere Landfleisch 58—59, geringere 55—57, Russen 47—54 M. per 100 Pfund bei 20 Pct. Tara; Balonier ca. 58 M. bei 40 Pct. Tara. — Kälber erzielten bei schleppendem Geschäft: bessere Waare 50—52, geringere 40 bis 45 Pf. per 1 Pfd. Schlachtgewicht; speciell für diese Viehhaltung äußerte der Quartalschluß seine störende Wirkung. — Hammel konnten trotz des der Vormoche gegenüber bedeutend geringeren Auftriebes auch keine Preissteigerung erzielen, da sich eben Exporture und Schlächter vor 8 Tagen reichlich versehen hatten und heute nur den nöthigen Bedarf deckten. Beste Lämmer 55, 2. Qualität Hammel 50—55, geringere 40—50 Pf. per 1 Pfd. Schlachtgewicht.

